



Schulkinder und künftige Schulkinder in Felde:

„Sorgt für mehr Schulwegsicherheit an Landesstraßen!“

Foto: Ralf Purnhagen

Schulwegsicherheit

Sicherere Schulwege auf dem platten Land – Herausforderung für Rot-Grün

„Man muss die Kirche im Dorf lassen,“ ist eine gängige Redewendung, wenn Veränderungen verhindert werden sollen. „Und der Lebensmittelladen und die Schule sollten auch im Dorf bleiben!“ möchte man ergänzen. Aber während die Kirche noch ist, wo sie immer war (wenn auch vielleicht nur noch mit einer Drittel-PastorInnenstelle ausgestattet), sind die Läden und Schulen aus vielen Dörfern bereits verschwunden.

Längere Wege zur Schule

Erst die Volksschulen, dann die Grundschulen: Strukturwandel, Gebietsreform, demografische Entwicklung und Bildungsweisheit diverser niedersächsischer Landesregierungen haben – verbunden mit landkreisspezifischen Akzentuierungen – dafür gesorgt, dass für viele Kinder die Wege zur Schule deutlich länger geworden sind. Im Flächenland Niedersachsen haben GrundschulInnen nicht selten eine Entfernung von drei bis fünf Kilometern oder mehr zu „überwinden“, bei weiterführenden Schulen sind wesentlich größere Distanzen die Regel. Entsprechend sind viele Kinder im ländlichen Raum ab Klasse 1 „FahrschülerInnen“: von der elterlichen Wohnung zu Fuß oder per Rad zur

Schulbushaltestelle und dann per Bus zur Schule. Für den Schulbustransport ist in der Regel der Landkreis zuständig; für die Sicherheit des Schulweges soll der Schulträger sorgen – also Kommune oder Landkreis. Schwierig ist die Frage der Zuständigkeit offenbar besonders dann, wenn der Schulweg an einer Landesstraße entlang führt und Landesstraßen von Kindern überquert werden müssen. Banner mit „Schule hat begonnen“ und gelbe Füße sollen motorisierte Verkehrsteilnehmer auf Kinder auf dem Schulweg aufmerksam machen und fordern damit eine besonnene Fahrweise ein.

Niedersachsen – trauriger Spitzenplatz in der Unfallstatistik

Dass das nötig ist, zeigte schon das Ergebnis einer Untersuchung der Techniker Krankenkasse aus dem Jahre 2009: in Niedersachsen ist die Zahl der verunfallten Kinder auf dem Schulweg bundesweit am größten, nämlich rund 15.000 oder 9,21 pro 1.000 Schulkinder. Ein trauriger Rekord! Seitens der (alten) Landesregierung wurde damals keine besondere Schulweginitiative ergriffen; lediglich die Grünen forderten in einer Presseerklärung im August 2011 „Vorfahrt für Schulwegsicherheit“. Der Kinderun-

fallatlas der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zeigt im Dezember 2012 ein deutliches Nord-Süd-Gefälle in Bezug auf die Unfallgefährdung von Kindern. Auch hier also schlechte Noten für unser Bundesland.

Entsprechend erwarten die Menschen in Niedersachsen, dass die jetzige Landesregierung endlich aktiv wird und die Sicherheit der Kinder verbessert. In einer kleinen Anfrage im Juni dieses Jahres wurde die Landesregierung zur Schulwegsicherheit befragt; die Antwort des Kultusministeriums ist eher allgemein gehalten¹: sie verweist auf Schulwegplaner im Internet, auf Verkehrserziehungsprojekte, auf Elternbriefe in verschiedenen Sprachen etc.. Nach Lösungsmöglichkeiten für konkrete Schulweggefahren an Landesstraßen sucht man vergebens.

Das Beispiel (Riede-) Felde

In Felde versucht beispielsweise eine Bürgerinitiative seit längerem für mehr Schulwegsicherheit zu sorgen. Bisher weitgehend erfolglos, denn niemand hält sich für „zuständig“! In Rieder Ortsteil Felde (Samtgemeinde Thedinghausen, Kreis Verden, 20 km südlich von Bremen – mitten in Niedersachsen) kann man Schüler beobachten, die bereits um 6.20 h auf einer Landesstraße (L 333) – ohne Fuß- und Radweg (!) – zur Bushaltestelle gehen oder radeln. Diese Landesstraße mündet in Felde in die L 331 und auf der 400 m langen Wegstrecke gibt es für die Kinder neben der Fahrbahn auf dem sehr schmalen und zum Graben hin abfallenden Streifen faktisch keine Ausweichmöglichkeit oder Sicherheitszone. Hinzu kommt als weitere Schulweggefahr: Drei Bushaltestellen in Felde liegen an der vielbefahrenen Landesstraße 331 (Schwarze-Bremen), auf der morgens zwischen sechs und acht Uhr der Berufs- und Zulieferungsverkehr nach Bremen tobt. Und doch gibt es an allen drei Haltestellen weder Zebrastreifen noch Bedarfsampeln oder Querungshilfen. Es ist Sache der ca. 50 Schulkinder (von der 1. bis zur 13. Klasse), wie sie über die Straße kommen. Da nur auf einer Seite dieser Landesstraße 331 ein Gehweg vorhanden ist, müssen alle Grundschüler früh am Morgen die Straße queren, um zu einer der Schulbushaltestellen zu gelangen. Laut Verkehrszählung (vom 13.6.13) sind zwischen sieben

¹www.gew-nds.de/Schulwegsicherheit

und acht Uhr mehr als 450 Fahrzeuge unterwegs – also alle sieben Sekunden ein Auto bzw. Lkw. Da ist es schon für Erwachsene eine sportliche Leistung, unbeschadet durch die (häufig zu schnell) fahrenden Fahrzeuge auf die andere Seite zu kommen – für Grundschüler ist die Gefahr riesig!

Abhilfe dringend nötig

SchülerInnen ab der 5. Klasse müssen ihren Schulweg sehr früh antreten, da die für sie in Frage kommenden Gymnasien in Achim 20 km bzw. 30 km entfernt sind; die Oberschule in Thedinghausen (9 km) oder Schulen im Nachbarkreis in Syke (12 km) oder Weyhe (12 km) sind die Alternativen. In jedem Fall führt der Schulweg zu einer der beiden Landesstraßen L 331 oder L 333 – wahlweise muss die L 331 „nur“ gequert werden, manche Kinder müssen zudem eine Strecke von 400 m an der L 331 – außerhalb der geschlossenen Ortschaft – bei (neuerdings) zulässiger Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h zurücklegen. Was die Kinder auf ihrem Schulweg brauchen, ist: eine sichere Überquerungsmöglichkeit (Zebrastreifen und/oder Bedarfsampel oder Querungshilfe) an den drei Schulbushaltestellen an der L 331 und einen Radweg (Lückenschluss Felde-Okel) an der L 333, zumindest aber einen sicheren Weg von ca. 400 m Länge als Verbindung der Rieder Ortsteile Heiligenbruch und Felde (L 333). Notfalls wäre zunächst auch ein Gehweg hilfreich. Eine Tempobegrenzung ist in diesem Bereich ebenfalls dringend notwendig.

Seit mehr als drei Jahren versuchen BürgerInnen die politisch Verantwortlichen auf die mangelnde Schulwegsicherheit in diesem Bereich aufmerksam zu machen. Weil es aber um Landesstraßen geht, die in der Verantwortung des Landes liegen und an denen deshalb nicht einfach von Seiten der Gemeinde Ortsschilder versetzt oder Verkehrsschilder aufgestellt werden dürfen, tat sich erst mal gar nichts. Mehrere Eltern bringen nun ihre Kinder mit dem Auto direkt zur Grundschule, eine Mutter fährt ihre beiden Töchter tagtäglich mit dem Pkw zur 400 m entfernten Bushaltestelle; da der Unterrichtsbeginn variiert, müssen die Zwölfjährige und die Siebzehnjährige zu verschiedenen Zeiten zur Haltestelle gebracht werden. Eltern, die für einen solchen Transport aus beruflichen Gründen keine Zeit

haben, fragen Polizei und Landespolitiker: „Müssen erst schlimme Unfälle geschehen, bevor sichere Überwege und Gehwege geschaffen werden?“

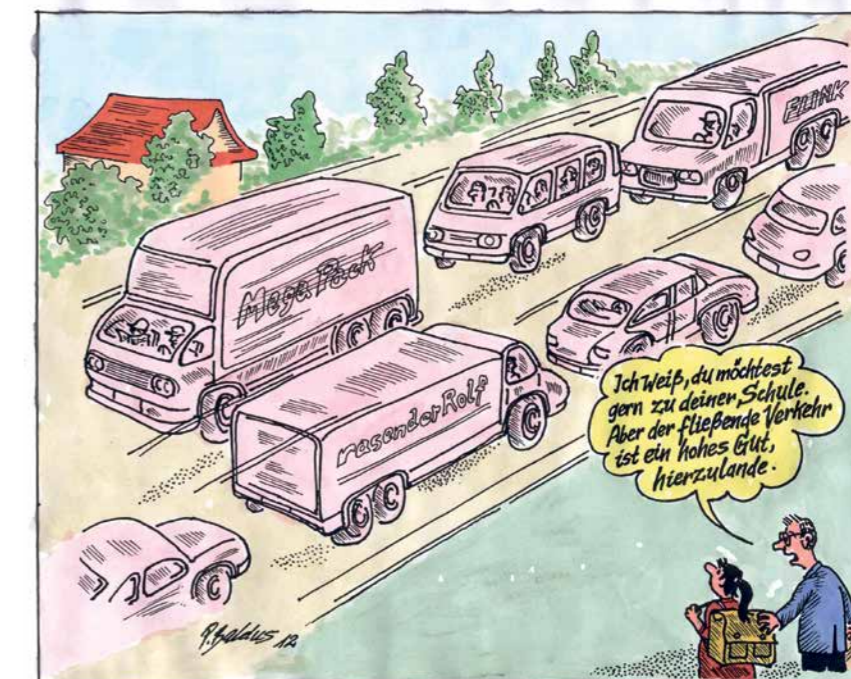
Mühsamer Weg durch Institutionen und Instanzen

Im September 2012 forderte der Rieder Gemeinderat mehr Schulwegsicherheit an den Landesstraßen und wandte sich mit dem Beschluss an die zuständigen Stellen. Unterstützt plante die örtliche Bürgerinitiative diverse Aktivitäten: Es wurden 537 Unterschriften gesammelt und im November an alle Landtagsfraktionen des (alten) Landtages, an den Landrat und den Kreistag in Verden mit der Bitte um Unterstützung geschickt. Die Landtagskandidaten des Wahlkreises wurden zu einer Vor-Ort-Begehung eingeladen und um Unterstützung gebeten. Mit einer Postkartenaktion trat die Bürgerinitiative an den Ministerpräsidenten, diverse Minister, Landtagsabgeordnete (des alten wie des neuen Landtags), Kreistagsabgeordnete, Leiter der Landesbehörden für Straßenbau und Verkehr in Verden und Nienburg heran und bat um Hilfe. Nachfragen gab es in Bürgerfragestunden bei Gemeinderat und Kreistag, Anträge auf behördliche Anordnung wurden an die niedersächsischen Landesbehörden für Straßenbau und Verkehr gerichtet. Dank der Unterstützung des sogenannten „Schulwegdoktors“ des ACE (Automobilclub Europa) konnte ein Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Schulwegsicherheit

in Felde vorgelegt werden. Anfang Juni wurden Banner und 20 Plakate – gesponsert von örtlichen Firmen – an den entsprechenden Abschnitten der L 333 und L 331 aufgehängt, um auf die Forderung nach mehr Schulwegsicherheit gut sichtbar hinzuweisen. Und: Am 23.7. fand ein weiterer Vor-Ort-Termin statt – diesmal mit dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag. Kurz gesagt: Fast schulbuchmäßig (Kapitel „Politik im Nahbereich“ oder „Wofür muss die Gemeinde sorgen?“ oder „Beteiligung an der Kommunalpolitik“) hat die Initiative ihre Möglichkeiten genutzt.

Magere Resultate

Das bisherige Fazit: Die Notwendigkeit zu Verbesserungen der Schulwegsicherheit wird gesehen, aber getan wurde zu wenig. Ein Ortsschild wurde etwas versetzt, so dass jetzt alle drei Schulbushaltestellen für Grundschulkinder innerorts liegen, ein Stoppschild errichtet und auf der 400 m langen Schulwegstrecke ohne Geh- und Radweg darf nur noch mit Tempo 70 statt Tempo 100 gefahren werden. Echte Schulwegsicherheit sieht anders aus. Auf Nachfragen erklärt der Schulträger, dass er nur für die Bushaltestellen zuständig sei, nicht für Schilder und Ampeln an Landesstraßen. Beim Bau von Radwegen unterstützt der Landkreis nur Radwege an Kreisstraßen – für Landesstraßen sei eben das Land verantwortlich. Aber Felde wird begrenzt von drei Landesstraßen und Wasserlinien – Kreisstraßen gibt's nicht.



Kartikatur: Peter Baldus

In Sachen Radweg an der L 333 wird der BI immer wieder entgegengehalten, dass dieser Lückenschluss in der Prioritätenliste für den Radwegebau an Landesstraßen ganz hinten bleibt: Die alte Landesregierung hat kurz vor Ende ihrer Amtszeit die Neubauten für die nächsten Jahre festgelegt und ganz an den äußeren Rändern des Landkreises Verden einerseits und des Landkreises Diepholz andererseits ist dieses 4 km lange Teilstück zwischen den Zuständigkeiten des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr in Verden und des Landesamtes in Nienburg wohl Niemandsland. Was auch bedeutet: „Niemand kümmert sich.“

Bei der Frage nach sicheren Zebrastrifen/Bedarfsampeln lauten die Antworten nach wie vor: „Auf Landesstraßen hat der fließende Verkehr Vorrang.“, „Die Querungszahlen sind zu niedrig.“, „§§ 25,26 StVO“ lassen einen FGÜ an Straßen mit nur einseitigem Gehweg nicht zu, „Fußgänger- und Verkehrsstärken müssen beachtet werden“, Erlass des Niedersächsischen

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 46-30050 2601 vom 1.8.2002 und „Vor Gericht müssen die Entscheidungen der Verkehrsbehörde Bestand haben.“

Es geht auch anders

Andererseits ist bekannt, dass der Vorrang des motorisierten Verkehrs gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern schon vor Jahren abgeschafft wurde. Fußgängerüberwege werden in anderen Landkreisen und Bundesländern zunehmend wieder gebaut und gefördert – auch bei geringen Querungszahlen (ab elf Personen) – wohl auch deshalb, weil die Kosten für diese Maßnahme mit ca. 2.500 € relativ gering sind. Die Verkehrswacht Niedersachsen nennt zur Neuausrichtung der Unfallprävention im Straßenverkehr das Ziel: „Neben technischen, baulichen oder Überwachungsmöglichkeiten müssen wir insbesondere die „Menschen“ in den Blick nehmen, die im heutigen Straßenverkehr mit besonderen Schwierigkeiten zu kämp-

fen haben (ältere Verkehrsteilnehmer, Migrant*innen, Kinder, junge Fahrer...)“. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen sieht mehr Verkehrssicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur zum Teil durch die Politik erfüllt werden kann. Mit dem Konzept „Vision Zero“ will sie erreichen, dass „kein Kind und auch kein Erwachsener durch Verkehr schwer zu Schaden kommt“. Nun, die Absichtserklärungen und Ziele sind gut, aber Bürgerinnen und Bürger – ob klein oder groß – warten auf die Umsetzung. Nicht nur in Riede-Felde – diese Probleme mit gefährlichen Situationen gibt es auch an anderen Schulwegen, die an Landesstraßen liegen. So titelte die örtliche Kreiszeitung am 25. Juli 2013: „Rehe und Wildschweine geschützt, Kinder nicht.“ Kinder haben keine Lobby. Deshalb fordern Erwachsene die politisch Verantwortlichen auf: Sorgt für mehr Schulwegsicherheit an Landesstraßen in Niedersachsen!

Ilse Lange

BDK des Bezirksverbandes Hannover

Sich auf den Weg zur Inklusion machen und den Generationswechsel in der GEW einleiten



Am 29. Mai fand die diesjährige Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirksverbandes Hannover statt. Neben einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion wurde der Generationswechsel im Vorstandsteam eingeläutet.

In ihrem Rechenschaftsbericht stellte die Vorsitzende Angelika Campen die Arbeitsschwerpunkte der letzten Zeit dar. Bereits im Rahmen des Landtagswahlkampfes hat die GEW deutlich gemacht, dass wir eine andere Steuer- und Finanzpolitik in Land und Bund brauchen. Daher rief Angelika Campen erneut dazu auf, das Bündnis „umfairteilen“ aktiv zu unterstützen. Die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen in der Tarif- und Besoldungsrunde geschah durch kreative Aktionen vor Ort in und um die Schulen herum. Silke Beu gab einen Ausblick auf das weitere Vorgehen im Land bezüglich des Abschlusses eines Tarifvertrages für angestellte Lehrkräfte und betonte, wie wichtig es ist, zukünftig noch stärker die angestellten Lehrkräfte zu mobilisieren, um so mehr Druck aufbauen zu können.

Im Anschluss an die Wahlen der Schulpersonalräte haben sehr erfolgreiche Schulungen der GEW für neu gewählte Personalräte stattgefunden. Besonders betonte Angelika Campen in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit des Themenbereiches „Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Sie hob hervor, dass eine Arbeitsgruppe aus dem Schulhaupt- und den Schulbezirkspersonalräten eine landesweite Spezialschulung zu diesem Thema

vorbereitet hat und stellte die gute Kooperation im Zusammenhang mit der Konzeption dieser Schulung heraus. Desweiteren wies die Vorsitzende die Offensive für junge Kolleginnen und Kollegen (siehe E&W Nds. 03/04.2013, Seite 19) „auch als einen zukünftigen Arbeitsschwerpunkt im Bezirk“ aus.

Inklusion – Chancen und Herausforderungen

Der Hamburger Universitätsprofessor Hans Wocken hielt ein mitreißendes Plädoyer für die Inklusion und rief dazu auf, die Chancen der Inklusion zu nutzen. Wir alle sollten gemeinsam das hohe Ziel der Inklusion mit „Leidenschaft und dem nötigen Pragmatismus“ anstreben.

Er machte deutlich, dass Inklusion ein gesamtgesellschaftliches Ziel ist, zu dem Schule einen nicht unerheblichen Beitrag zu leisten hat. Durch Inklusion entstehe eine bessere, gerechtere und humanere Schule für alle Beteiligten, so Wocken.

Professor Wocken stellte die inklusiv arbeitende Schule als ein „Haus der Vielfalt“ vor, das durch die Vielfalt der Kinder, des Unterrichts und der Pädagoginnen und Pädagogen in Form multiprofessioneller Teams gekennzeichnet sein muss.

Auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen brachte Professor Wocken aber auch deutlich zum Ausdruck, dass die bisher bereitgestellten Ressourcen nicht ausreichend sind. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf haben in den Förderschulen derzeit

einen Anspruch auf eine umfangreiche sonderpädagogische Unterstützung, nicht zuletzt in Form von Lehrerstunden mit Förderschullehrkräften. In der Inklusion dürfe man hinter diesen Anspruch der Kinder nicht zurückfallen.

Am Nachmittag stellten Kolleginnen und Kollegen, die bereits auf langjährige Erfahrungen in der Integration zurückgreifen können, ihre Konzepte vor. Unter dem Titel „Schulen machen sich auf den Weg – Beispiele aus der Praxis“ berichteten der Schulleiter der Grundschule Fuhsestraße, Hannover, sowie ein Team des Hölty-Gymnasiums und der Paul-Moor-Schule (Förderschule Geistige Entwicklung), Wunstorf, aus ihrem Schulalltag. Sie untermauerten so noch einmal den Vortrag von Professor Wocken mit ihren Eindrücken aus der eigenen Praxis.

Generationswechsel im Vorstandsteam

Die Vorsitzende Angelika Campen und der Schatzmeister Olaf Korek sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Silke Beu, Klaus Kucharski und Brigitte Zimmermann wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Neu in das Vorstandsteam wurden als Stellvertreter/-innen Wiebke Schulze, Peter Lilje und Sebastian Freudenberger gewählt. Angelika Campen betonte, dass durch die neu in den Vorstand Gewählten der Generationswechsel im Bezirksvorstand eingeläutet sei und „die Neuen nun durch die erfahrenen Vorstandsmitglieder in ihre Aufgaben eingearbeitet werden können“.



Sebastian Freudenberger ist Mitglied in der Arbeitsgruppe „Junge Kolleginnen und Kollegen“